

Entwicklungshilfe und afrikanische Standpunkte

Die politisch-ideologischen Konzeptionen afrikanischer Staaten

Die gegenwärtige deutsche Diskussion um die Probleme der Entwicklung der neuen Staaten beschränkt sich in erster Linie auf Fachkreise, in denen über die technische Abwicklung bestimmter Projekte diskutiert wird. Diese Diskussion wird aber selten einmal aus dem Blickwinkel der Entwicklungsländer selbst geführt, für die diese Hilfsmaßnahmen bestimmt sind. Nimmt man es jedoch ernst mit der Unabhängigkeit der jungen Staaten und betreibt Entwicklungshilfe nicht nur aus Eigenliebe oder zu eigenem Nutzen, so sollte man zumindest jene Kriterien kennen, die von afrikanischer Seite zur Beurteilung von Hilfsmaßnahmen angewandt werden. Wir haben uns daher hier bemüht, Situation und Argumente afrikanischer Entwicklungsländer in die Diskussion einzubeziehen.

Der vorliegende Aufsatz vereint vor allem die Argumente des politisch-ideologischen Bereichs. Was hier jedoch auf der politischen Ebene zum Ausdruck kam, ist die zentrale Problematik auch für den wirtschaftlichen Bereich der Entwicklungshilfe. Die Fixierung eines neuen oder zumindest von anderen als den gängigen europäischen Vorstellungen getragenen Wertsystems für die Entwicklung der afrikanischen Staaten läßt sich zunächst am leichtesten im politisch-programmatischen Bereich ablesen. Hier sind die Diskussionen um eigene Wege und Methoden bisher am deutlichsten hervorgetreten, während das Bemühen um konkrete neue Wege im wirtschaftlichen Bereich erst zögernd sichtbar wird. Die Nichtberücksichtigung oder Nichtanerkennung der afrikanischen Pläne und Vorstellungen im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich war jedoch in den vergangenen Jahren häufigster Anlaß für den Vorwurf des Neo-Kolonialismus.

Die Fragestellung, die sich ergibt, ist also eine doppelte. Es ist einmal die Frage nach den vorhandenen eigenen afrikanischen Vorstellungen und Wegen, d. h. nach Lösungsmöglichkeiten für die verschiedenen Probleme, die von den Afrikanern selbst entwickelt wurden und zum anderen die Frage nach Anerkennung und Respektierung dieser Wege durch diejenigen, die für sie in Anspruch nehmen, Afrika zu „helfen“.

Da die Entwicklungshilfe seitens der Geberländer in den vergangenen Jahren ein bedeutendes Instrument ihrer Außenpolitik war — und ist —, zunächst ein kurzer Rückblick auf den politischen Bereich. Wir müssen dabei notwendigerweise Erscheinungen wie die des Panafrikanismus, der afrikanischen Einheitsbewegung und z. B. der afro-asiatischen Kollaboration ausklammern, weil sie den Rahmen dieses Themas bei weitem übersteigen. An die Bedeutung des Nationalismus, die Politik der Blockfreiheit und den afrikanischen Sozialismus als dominierende Richtlinien der Außen- bzw. Innenpolitik der afrikanischen Staaten möchten wir jedoch in diesem Abschnitt erinnern, da sich an diesen Phänomenen unseres Erachtens am deutlichsten erweist, wie wenig die bisherige Entwicklungshilfe im Einklang mit den eigenen afrikanischen Vorstellungen stand und somit den Vorwurf des Neo-Kolonialismus selbst heraufbeschwor.

Unabhängigkeit

Die wenigen afrikanischen Stellungnahmen zur Frage der Unabhängigkeit*) zeigen sehr deutlich, daß es sich nicht um die Anerkennung der formalen juristischen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten handelt. Sie wurde zugestanden. Diese nationalstaatliche Unabhängigkeit war jedoch nur ein Schritt auf dem Wege zur angestrebten tatsächlichen Handlungsfreiheit.

Unabhängigkeit ist für den Afrikaner die generelle Frage nach dem Erbe des Kolonialismus auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Es ist — anders ausgedrückt — die Frage nach den Chancen der Afrikaner in ihren Ländern eigene, afrikanische Wege zu wählen und zu realisieren, und die Frage nach den „neuen Abhängigkeiten“, die sie daran hindern. Es ist an die Geberländer gerichtet die Forderung nach Anerkennung dieser Entscheidung, auch und gerade dann, wenn diese „afrikanische“ Entscheidung nicht in eines der vorgegebenen ideologischen Schemata paßt. Dieses Problem stellt sich gleichermaßen im gesellschaftlichen bzw. politischen wie im wirtschaftlichen Bereich. Man kann den Vorwurf des *Neo-Kolonialismus* von afrikanischer Seite nur verstehen, wenn man ihn in dieser Interdependenz sieht²⁾. Man darf in kritischer Betrachtung der afrikanischen Anliegen andererseits aber nicht übersehen, daß dieser Vorwurf auch erhoben wird, um den „Sündenbock“ für bestimmte Erscheinungsformen des eigenen Versagens im Ausland und nicht im Inland zu suchen. Dennoch bleiben u. E. bei objektiver Betrachtung eine Reihe sachlicher Gründe in allen genannten Bereichen, die den Vorwurf des Neo-Kolonialismus nicht gegenstandslos machen. Sie lassen sich weder mit dem ideologischen Ost-West-Gegensatz abtun, noch aus der materiellen Überlegenheit der Industrieländer allein erklären, sondern sind wohl in erster Linie auf Mißachtung oder Desinteresse afrikanischer Vorstellungen und Notwendigkeiten zurückzuführen.

Die Forderung nach eigenständiger Entwicklung, wie sie von den afrikanischen Staaten gestellt wird, ist ein Novum und ging bisher nicht automatisch mit der Erlangung der politischen Unabhängigkeit eines Staates Hand in Hand. Sie fehlte z. B. weitgehend in den lateinamerikanischen Staaten. Hier bewirkte die vor rund 100 Jahren erworbene Unabhängigkeit der meisten Staaten kaum eine grundlegende Änderung der Sozialstruktur, und die wirtschaftliche Entwicklung erfolgte bzw. erfolgt weiterhin zum großen Teil durch europäische oder amerikanische Einwanderer, während die „Einheimischen“ kaum daran partizipieren. Ein solches Entwicklungsmodell wird aber von den afrikanischen Staaten entschieden abgelehnt.

1) Eine Sammlung solcher Stellungnahmen findet sich bei Cecil Crabb: *The Elephant and the grass. A study of non-alignment*. New York: Praeger 1965.

2) Vgl. auch Kaunda, Kenneth D.: *African Adjustment to Independence*. In: *A Humanist in Afrika*. London 1966 S. 48 ff.

Die Afrikaner beanspruchen für sich, ihre Entwicklung — im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich — „in eigener Regie“ durchzuführen. Sie wünschen nicht, vorgezeichnete Entwicklungsmodelle — gleich welchen ideologischen Ursprungs sie sind — zu kopieren, sondern wollen ihre traditionellen Werte in die notwendige moderne Entwicklung integrieren und eigene angemessene Formen entwickeln.

Von der Entwicklungshilfe, wie sie die Afrikaner als ideal verstehen, wird erwartet, daß sie eben diese Möglichkeiten zur Realisierung der eigenen Vorstellungen anbietet und unterstützt, ohne ihrerseits eine bestimmte Richtung der Entwicklung erzwingen zu wollen, d. h. ohne die alten, kolonialen Abhängigkeiten fortzusetzen bzw. neue Abhängigkeiten mit den Hilfsmaßnahmen zu verbinden, nachdem die früheren überwunden wurden, oder bestimmte Verhaltensweisen zu fordern.

Nationalismus

VV wie weit die Entwicklungshilfe aus Ost und West jedoch von einer solchen Haltung entfernt war, zeigte sich zunächst recht deutlich an der Frage des Nationalismus. Er galt in der entwickelten Welt sowohl als Ideologie als auch in einer konkreten Ausprägung als nationalstaatliche Politik für überwunden, gefährlich oder unerwünscht, je nach der eigenen ideologischen Ausgangsbasis. Man war der Ansicht, daß die Entwicklungsländer die Phase des „explosiven Nationalismus“ (*Aujoulat*) ebenfalls kurzfristig abschütteln würden, um sich dann in bestehende übernationale Systeme zu integrieren. Von den Ideologen, vor allem denen des Ostblocks, wurde die Triebfeder des jungen afrikanischen Nationalismus, die antikoloniale Haltung, zwar propagandistisch genutzt, aber in ihrer politischen Ausprägung auch nur insoweit akzeptiert, als sie mit den eigenen Vorstellungen übereinstimmte (etwa in der Frage des Einparteiensystems oder der Nationalisierung, die in diesem Zusammenhang lediglich als Übergang zu staatswirtschaftlichen Formen gesehen wurden).

Von den Sozialwissenschaftlern wurde der Nationalismus als unrationale Ideologie negiert. Es wurde weitestgehend übersehen, daß es sich hier nicht nur um ein intellektuelles, sondern um ein soziales Phänomen handelte. Die jungen Staaten standen währenddessen vor dem Problem, die innere Stabilität der neuen Gebilde aufzubauen und sichern zu müssen, ein Problem, das als Erbe des Kolonialzeitalters auf sie überkommen war. *Nation-building* in diesem Sinne war und ist heute noch vorrangige Aufgabe in den meisten afrikanischen Staaten.

Die afrikanischen Nationalstaaten sind in ihrer Mehrzahl nicht historisch gewachsen, sondern durch willkürlich von den früheren Herren gezogene Grenzen entstanden. Die Wurzeln afrikanischen Nationalismus reichen in einigen Fällen recht weit zurück³⁾, ihre stärkste Ausprägung fand die nationale Identität der afrikanischen Staaten im Kampf um die Abschüttelung der Kolonialherrschaft⁴⁾.

Das Problem der Bildung der Nationalstaaten war mit der Erlangung der Unabhängigkeit aber keineswegs gelöst. Den meisten afrikanischen Staaten verblieb nach diesem Zeitpunkt die Zerbrechlichkeit der ungestalteten nationalen Gemeinschaft und die Schwäche der neuen nationalen politischen Strukturen. Die Suche nach angemessenen Formen der Gesellschaftsgestaltung ist nach *Apter* ein Kampf, der sich vor allem im politischen Bereich in der Auseinandersetzung zwischen Sozialwissenschaftlern und Ideologen ab-

3) Vgl. Kimble, David: A political history of Ghana: die rise of Gold Coast nationalism, 1850—1928. Oxford 1963; oder: Coleman, James S.: Nigeria, background to nationalism. Berkeley 1960.

4) So: Mboya, Tom: The Kenya question — an African answer. London: Fabian Society 1956; Rosberg, Carl G. Jr. and Nottingham, John: The myth of Mau-Mau: nationalism in Kenya; New York: Praeger, London: Pall Mall, 1966. 427 S. oder: Ling, Dwight L.: Tunisia: from Protectorate to Republic. Bloomington: Indiana Univ. Press 1967. 273 S.

spielt⁶⁾. Solange die Sozialwissenschaften allerdings keine derartigen Formen anzubieten haben, die Identität und Solidarität stärken und fördern, wird man auf die Ideologie in ihrer dogmatischen Form zurückgreifen müssen, um den gewünschten Effekt zu erzielen.

Die starke Ausprägung der nationalistischen Ideologien und das Verfolgen einer vor allem auf nationalstaatliche Interessen gerichteten Politik wird somit u. a. zur direkten Folge fehlender gesellschaftswissenschaftlicher Forschungen bzw. Lösungen. Die Entwicklungshilfe hatte für diese Problematik kein offenes Ohr. Weder die einseitige Einbeziehung der afrikanischen Wirtschaftsstrukturen in eine komplexe Weltwirtschaft — etwa durch Förderung des Außenhandels der betreffenden Staaten — noch die Integration in eines der bestehenden ideologischen Systeme vermochten hier eine Lösung zu bieten. Ein Vorwurf, der somit gleichermaßen Ost und West betrifft.

Im Gegenteil, eine der Hauptkritiken der afrikanischen Nationalisten war eben jene, daß die Kolonialherrschaft die Afrikaner wie in einem Kokon gehalten habe, daß die Kolonialverwaltung die Kontakte mit Gebieten und Völkern außerhalb ihres jeweiligen besonderen Netzes, ja selbst deren Kenntnis, vereitelt habe. Die Unabhängigkeit war somit begleitet von dem entschiedenen Wunsch mit allen Teilen der Welt Verbindungen aufzunehmen⁶⁾.

Das hatte nicht unbedingt einen Abbruch aller bisherigen Bindungen zur Folge, bedeutete aber in jedem Falle eine Öffnung nach „rechts und links“, und zwar sowohl im innenpolitischen als auch im außenpolitischen Bereich, wobei aber eine erneute feste Bindung an den einen oder anderen Partner peinlichst vermieden wurde.

Die meisten afrikanischen Staatsmänner hielten das Nebeneinander oder Miteinander mehrerer ideologischer und wirtschaftlicher Strömungen in ihren Staaten für möglich und zumeist auch für wünschenswert. Trotz vieler gegenteiliger Interpretationen glaubten sie, daß ihre eigene afrikanische Grundlage stark genug sei, eine Vermittlerrolle zwischen diesen Einflüssen übernehmen zu können⁷⁾. Daß sie dieses auch zu ihrem eigenen wirtschaftlichen Vorteil taten, wer könnte es ihnen verübeln?

Non-alignment

Hingegen sah man es weder in Ost noch in West gern, daß die Afrikaner die Ideologien beider Machtblöcke gleichermaßen skeptisch betrachteten und auf ihre Anwendbarkeit im afrikanischen Bereich überprüften. Während also auf seiten der afrikanischen Politiker sozialistische und kapitalistische Systeme verschiedenster Prägung gegeneinander abgewogen wurden, versuchten die Verfechter dieser Systeme deren Vorteile möglichst wirksam zu dokumentieren, bzw. deren Anerkennung mit materiellen Hilfen Nachdruck zu verleihen.

Entwicklungshilfe gegen politische Zugeständnisse — im Falle Deutschlands gegen Nichtanerkennung bzw. Anerkennung der DDR — erwies sich als häufig praktiziertes Mittel. Daß sich ein solches Vorgehen aus afrikanischer Perspektive ganz anders ausnahm als unter deutschem Blickwinkel, wurde kaum bedacht, dennoch zeigte sich dies gerade am Beispiel der deutschen Teilung recht deutlich⁸⁾.

5) Apter, David E.: Ideology and Discontent. (Hrsg. v.) Institute of International Studies, University of California. Berkeley, Calif. o. J. Reprint Nr. 160, S. 41.

6) Wallerstein, Immanuel: Africa, the politics of independence. New York 1961: Vintage Books, V 206. S. 137 ff.

7) Vgl. Doudou Thiam: La Politique étrangère des Etats Africains. Ses fondements idéologiques — Sa réalité présente — Ses perspectives d'avenir. Paris 1963. 166 S.

8) Vgl. z. B. zur tansanischen Anschauung über die Eröffnung eines ostdeutschen Generalkonsulats in Tansania 1966 das Memorandum von J. K. Nyerere, in dem er am 9. Juni 1966 vor der TANU Rechenschaft ablegte: Tanzania's Political Policies and their economic Effects. In: East Africa Journal. 1966, August. S. 30—40.

Der Afrikaner, dem dieses Problem unterbreitet wird, sieht es gleich dreifach. Er sieht die deutsche Teilung zwischen Ost und West, er sieht die chinesische Volksrepublik und Formosa und letztlich dieselbe Problematik in der kriegerischen Auseinandersetzung in Vietnam. Er mag Verständnis für das Problem eines geteilten Landes aufbringen, aber er wird kaum verstehen, daß diese Probleme eines fremden Landes ihn in seinem Tun und Handeln binden sollen. Er sieht sich einer „zweifachen Hallstein-Doktrin“ gegenüber, denn auch Rotchina pflegt keine diplomatischen Beziehungen mit Staaten, die bereits solche mit Formosa unterhalten, und er sieht zu gleicher Zeit, daß sich Diplomaten aller dieser Staaten in seinem Land um Einfluß bemühen.

Von wem soll er sich verbieten lassen, mit den übrigen Kontakte zu pflegen? „Wir haben nicht den Wunsch, daß ein uns freundlich gesinntes Land unsere Feinde für uns auswählt“, äußerte *Nyerere* in ähnlichem Zusammenhang einmal gegenüber der *New York Times*⁹⁾.

Wer auch immer der „Sieger“ sein wird, dem Vorwurf des Neo-Kolonialismus kann er sich nicht entziehen. Er muß sich gefallen lassen, daß man ihm vorhält, seiner Anschauung mittels materieller Vorteile, die ihm gegeben sind, zum Durchbruch zu verhelfen, ohne sich um die Interessen des „Kolonisierten“ zu kümmern, wie es seit eh und je koloniale Sitte war.

„Neo-Kolonialismus ist die verfeinerte Form dieses Vorgehens. Dem afrikanischen „Häuptling“ wird jetzt eine Fahne, eine Nationalhymne und ein Sitz in den Vereinten Nationen zugestanden — aber im wesentlichen wird er noch immer hinter der Szene manipuliert, entweder von seinen früheren Herren oder von neuen. Die Art dieser Manipulationen hat sich gewandelt von dem „Recht des Eroberers“ in das „Recht desjenigen, der die Musik bezahlt“¹⁰⁾.

Die teilweise recht massiven Versuche von Ost und West, die afrikanischen Staaten in ihre Machtblöcke einzugliedern, haben sicher nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß sich im außenpolitischen Bereich die Politik der Blockfreiheit oder des *non-alignment* festigte. Sie ist zur außenpolitischen Leitlinie aller afrikanischen Staaten seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit geworden.

Von den Staaten der Alten Welt wurde allerdings auch dieser Außenpolitik in den frühen sechziger Jahren kaum eine Chance gegeben. Sie wurde als provisorisch, als vorübergehende Erscheinung oder als Ausdruck der politischen Unsicherheit der jungen afrikanischen Staaten angesehen, die sich — ähnlich der Erscheinung des Nationalismus — legen würde. Offensichtlich ging man aber auch hier — absichtlich oder unbewußt — von falschen Vorstellungen über das afrikanische Engagement in dieser Frage aus. Es wurde geflissentlich übersehen, daß die afrikanische Blockfreiheit nicht ein entscheidungsloses Verharren „zwischen Gut und Böse“ bedeutete, sondern daß darin ein intensives moralisches Engagement zum Ausdruck kam, in dem der Glaube an die Möglichkeit eines „dritten Weges“ eine bedeutende Rolle spielte. In diesem Sinne haben zahlreiche afrikanische Politiker die Konzeption des *non-alignment* entwickelt und sind bereit, mit jenen zusammenzuarbeiten, die diese Basis respektieren.

Im Licht dieses moralischen Engagements auf außenpolitischem Gebiet muß auch die afrikanische Haltung zur Südafrikanischen Union gesehen werden. Die Apartheidpolitik hält die Rassenschranken als Zeichen kolonialer Herrschaft weiterhin aufrecht. Für die Südafrikanische Union hat die Emanzipation der farbigen Welt nicht stattgefunden. Wer mit ihr paktiert, sie wirtschaftlich und damit politisch und moralisch fördert, gibt zu erkennen, daß er diesen kolonialen Herrschaftsanspruch der Weißen auch weiterhin bejaht. Als „Sonderproblem des Neo-Kolonialismus“ findet eine solche auf dem Rassismus basierende koloniale Haltung die einhellige Ablehnung aller neuen afrikanischen Staaten.

9) Vom 19. Dezember 1961.

10) Mazrui, Ali A.: *Towards a Pax Africana. A study of ideology and ambition.* London 1967. S. 67.

Falsch verstandene Neutralität

In der Frage der Auswahl der Länder, denen Entwicklungshilfe gewährt wurde, hat sich die Bundesrepublik angeblich neutral verhalten. Das bekannte „Gießkannenprinzip“ wurde in der Frühzeit der deutschen Entwicklungshilfe gelegentlich sogar als Beweis für solche Neutralität dargestellt. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob hier tatsächlich eine begründete Neutralität vorherrschte, oder ob es sich um ein pragmatisches Verhalten handelte, das eine Auseinandersetzung über bestimmte Schwerpunkte, Formen oder Methoden der deutschen Entwicklungshilfe erübrigen sollte. Festzustellen bleibt jedoch, daß diese — mit wirtschaftlichen Argumenten motivierte — Neutralität sofern sie auch die direkte oder indirekte Unterstützung „kolonialer“ Staaten wie etwa Südafrika oder Rhodesien, bzw. Portugals als Kolonialmacht über Angola und Mozambique, zur Folge hatte, bei den afrikanischen Staaten nicht auf Verständnis stieß.

Die Unterstützung kolonialer Erscheinungen rassistischer oder politischer Natur ist nach Ansicht dieser Staaten mit wirtschaftlichen Gründen nicht zu rechtfertigen, sondern wird als direkte Zustimmung des Betreffenden zu dieser kolonialen Haltung selbst interpretiert. „*Business as usual*“ gilt in diesem Zusammenhange in Afrika heute als ausgesprochenes Synonym für koloniale Geschäftsmethoden, nicht aber zur Bezeichnung für kooperative oder partnerschaftliche Zusammenarbeit, die in solchem Falle als wenig glaubwürdig bezeichnet wird.

Dem Versuch *Nkrumabs*, mit seiner Philosophie des Neo-Kolonialismus¹¹⁾ die vorhandenen antikolonialistischen Gefühle zum Ausgangspunkt gemeinsamer Handlungen im übernationalen afrikanischen Raum zu machen, war dennoch wenig Erfolg beschieden. Nkrumah nahm die marxistische Theorie mit ihrer Stellungnahme zu Kolonialismus und Imperialismus zum Ausgangspunkt seiner philosophischen Erörterungen. Sie bot in simplifizierter Form nicht nur ein den breiten Massen verständliches Bild des Geschehens, sondern Imperialismus und Kolonialismus — einmal als Grundübel des Weltgeschehens identifiziert — bargen gleichzeitig den Ansatzpunkt für eine Lösung der eigenen Probleme. Im Kampf gegen den Kolonialismus sollten die Afrikaner die Weltrevolution vorantreiben. In konsequenter Verfolgung eigener, d. h. afrikanischer Ziele lehnte aber auch Nkrumah die unveränderte Übernahme des kommunistischen Weltbildes ab und versuchte eine spezielle afrikanische Variante zu schaffen.

Aufschlußreich war für die Afrikaner die Reaktion des Ostens und des Westens auf solche Bestrebungen. Da er zur Verzögerung ihrer Projekte beigetragen hatte, wurde der seinerzeitige Präsident der Goldküste von den Kommunisten als imperialistische Marionette bezeichnet. Zur gleichen Zeit wurde er vom Westen als kommunistischer Diktator gebrandmarkt. Unmittelbar nachdem sein Buch über den Neo-Kolonialismus veröffentlicht worden war, lehnte man in Washington ein Ersuchen Ghanas um Getreidelieferungen im Wert von rund 400 Mill. DM ab und sandte lediglich eine Protestnote nach Accra.

Diese Beurteilung zeigte den Afrikanern einmal mehr, wie sehr die übrige Welt dem Gegensatzdenken Ost-West verhaftet war, und wie schwierig es offenbar war — etwa unter Beiseitelassen des Polemischen —, afrikanische Versionen in die Diskussion zu bringen.

Afrikanischer Sozialismus

Für die reale Tagespolitik der afrikanischen Staaten erwies sich allerdings, daß weder Nationalismus noch *non-alignment* eine ausreichende Basis waren. Sie boten zwar eine

11) Nkrumah, Kwame; Neo-Colonialism, the last stage of imperialism. London: Nelson 1965. 280 S. Ders.: (in dt. Übersetzung) Consciencism. Philosophie und Ideologie zur Entkolonialisierung. Köln, Opladen: Westdt. Verlag 1966. 122 S.

ideologische Grundlage gegenüber dem Kolonialismus, aber kaum Anhaltspunkte zur Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der neuen Nationen. In den meisten afrikanischen Staaten übernahm der „afrikanische Sozialismus“ diese Funktion und gab als Leitlinie für die Innenpolitik dem anfänglichen „von der Hand in den Mund“ Charakter der politischen Entscheidungen einen gewissen erkennbaren Trend.

Dieser „afrikanische Sozialismus“ ist weder eine unveränderte Übernahme des marxistisch-leninistischen Konzeptes, noch desjenigen der westlichen sozialistischen Parteien. Seine Ausformung zu konkreten Forderungen oder Richtlinien ist auch keineswegs gleichlautend in den verschiedenen afrikanischen Staaten. Wie sehr er dennoch in seiner oft noch recht vagen Ausprägung Realität in Afrika geworden ist, mögen die Ergebnisse zweier Meinungsumfragen andeuten.

Bei der von *Jeune Afrique*¹²⁾ veranstalteten Umfrage in Afrika sprachen sich unter den 11 491 Antwortenden 82 % für den Sozialismus aus, während 18 % für ein kapitalistisches System plädierten. Eine Umfrage unter afrikanischen Studenten, die in Frankreich studierten¹³⁾, ergab einen Prozentsatz von 49 % für einen nichtmarxistischen Sozialismus — davon 29,3 % für einen die Gemeinschaftsformen betonenden Sozialismus (*socialisme communautaire*) —, während 19,7 % für einen liberalen Sozialismus skandinavischer Prägung plädierten. 37,7 % verteidigten einen wissenschaftlichen Sozialismus nach marxistisch-leninistischem Vorbild. Nur 6,8 % sprachen sich in dieser Umfrage für ein liberales Wirtschaftssystem mit einer Vorherrschaft privater Unternehmen aus.

Mit Ausnahme von Liberia und Äthiopien haben sich die führenden Politiker aller unabhängigen afrikanischen Staaten in der einen oder anderen Form für einen afrikanischen Sozialismus ausgesprochen. Aber auch diese Erscheinung ist weit davon entfernt, in Ost oder West Anklang zu finden. Seitens des Ostblocks ist man zwar bestrebt, den „Sozialismus in Afrika“ aufzubauen. Die kommunistische Propaganda bemüht sich eifrig, mittels einer Positivpropaganda für das eigene System, die Übereinstimmung einzelner Erscheinungen mit dem marxistisch-leninistischen Sozialismus herauszustellen und diese Entwicklung zu loben. Sie ist aber weit davon entfernt, einen „eigenen afrikanischen Weg zum Sozialismus“ bzw. „afrikanischen Sozialismus“ zu akzeptieren¹⁴⁾. Solche Versuche sind nach wie vor heftigen Anfeindungen ausgesetzt.

Das Vorgehen der westlichen Industrienationen ist nicht sehr viel anders. Administrative und politische Beschränkungen des individuellen oder wirtschaftlichen Spielraums werden als unvereinbar mit dem Konzept einer liberalen Staats- und Wirtschaftsführung angeprangert. Dem nach einer realisierbaren Lösung suchenden Afrikaner wird die Notwendigkeit eines pluralistischen Konzeptes vorgehalten, dessen Funktionsfähigkeit unter den veränderten afrikanischen Verhältnissen jedoch keineswegs erwiesen ist¹⁵⁾.

Ideologische Be- oder Verurteilung von beiden Seiten vermag aber nur notdürftig die Ratlosigkeit hinsichtlich neuer afrikanischer Verhältnissen angemessener Formen einer Gesellschaftsgestaltung zu verdecken, denen sich auch der Afrikaner gegenüber sieht.

Der Sozialismus als Ideologie hat zahlreiche afrikanische Politiker bei der Entwicklung ihrer politischen Konzeption inspiriert. Sie haben das *Marxsche* Instrumentarium zur gesellschaftlichen Analyse in ihrem Lande benutzt, ohne jedoch den Absolutheitsanspruch des kommunistischen Systems damit gleichermaßen zu übernehmen. Stießen

12) *Jeune Afrique*. Nr. 313 vom 8. 1. 1967.

13) Ngango, G.: Les étudiants africains face à l'option socialiste. In: *Tam-Tam*. 1.—2. März 1966. S. 5—24.

14) Vgl. Potekhin, I. I.: On African Socialism: A Soviet View. (Veröff. in:) *African Socialism*. Hrsg. v. W. H. Friedland u. C. G. Rosberg, Stanford, Calif. 1964. S. 97—112. Oder: Die sowjetische Kritik am afrikanischen Sozialismus Kenias. (Übers. aus *Azija i Afrika segodnja*. 1966 Nr. 11) in: *Vierteljahresberichte*. 1967, Nr. 27. S. 77—82.

15) Es sei in diesem Zusammenhange auf Myrdal (Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung. Hannover 1963. S. 101) verwiesen, der auf die Gefährlichkeit und Sterilität der Übertragung irrelevanter ökonomischer Modelle aufmerksam machte, bei denen z. B. der ökonomische Liberalismus vom analytischen Idealtyp zum politischen Ideal wird.

sie im Verlaufe ihrer Tätigkeit als Politiker, Wirtschaftler, Partei- oder Gewerkschaftsführer auf „praktische“ Schwierigkeiten, so wurden nicht selten Abstriche gemacht und das ideologische Gebäude den jeweiligen afrikanischen Verhältnissen angepaßt. Einzelne Elemente, die den sozialen Gegebenheiten des Landes am stärksten entsprachen, erhielten Prioritätscharakter und ergaben die Leitlinien für die politische Tagesarbeit, was den stark pragmatischen Charakter des afrikanischen Sozialismus in den meisten Staaten erklärt.

- Die unterschiedlichen sozialen Strukturen und die verschieden gelagerte politische Notwendigkeit in den einzelnen afrikanischen Staaten haben eine Fülle von Erscheinungen produziert, die heute unter der Bezeichnung des afrikanischen Sozialismus herausgestellt werden.

„Afrikanischer Sozialismus“ ist in diesem Zusammenhang eine Kollektivbezeichnung für zahlreiche afrikanische wirtschaftliche und soziale Ideologien. Er ist aber gleichzeitig eine generelle Erscheinung für den ganzen Kontinent und in seiner jeweiligen nationalen Ausprägung eine individuelle Form für jeden einzelnen Staat. Gerade in dieser letzteren Form stellt er eine Ergänzung zum Nationalismus der jeweiligen Staaten dar¹⁶⁾.

Nehmen wir die erstere, generelle Erscheinungsform für den afrikanischen Kontinent, so hat *Thomas*¹⁷⁾ die afrikanischen Stellungnahmen zu wesentlichen Punkten der sozialistischen Ideologie herausgearbeitet und sie tabellarisch den Interpretationen des Marxismus-Leninismus gegenübergestellt. Es zeigt sich, daß sich in einigen Fragen (Materialismus, eigene Wege zum Sozialismus, Klassenkampf) durchaus gegenteilige Anschauungen ergeben, in anderen Punkten eine erhebliche Einschränkung gemacht wird (geschichtliche Determination, Nationalisierung). Ebenso entscheidende Unterschiede ergeben sich in anderen Fragen aber auch zu der Konzeption der europäischen Sozialisten, die wir — gleichfalls generalisierend für die verschiedenen westeuropäischen Staaten — nach demselben Schema der umseitigen Tabelle ergänzend beigefügt haben.

Schon aus der kurzen Gegenüberstellung in der Tabelle läßt sich die eigene afrikanische Ausprägung der sozialistischen Ideologie deutlich erkennen. Sie zu negieren, bedeutet nichts anderes, als im politisch-ideologischen Bereich eine Vergewaltigung afrikanischer Interessen zu exerzieren oder anders ausgedrückt — eine neo-kolonialistische Herrschaftsposition zu beziehen. Wie stark eine solche Haltung von Ost oder West in Afrika auf Ablehnung stößt, ließ u. a. auch die afrikanische Reaktion auf die Okkupation der CSSR erkennen.

Auf die vielfältigen nationalen Erscheinungsformen des afrikanischen Sozialismus können und wollen wir hier nicht detailliert eingehen¹⁸⁾. Es sei aber noch auf eine Besonderheit verwiesen: die starke Bedeutung, die dem afrikanischen Sozialismus — im Vergleich etwa zur sozialistischen Ideologie in den westeuropäischen Ländern — gerade im ethisch-moralischen Bereich beigemessen wird. Als „integrierender Humanismus“ (*Senghor*) hat er hier eine doppelte Funktion zu erfüllen. Einmal soll er die Integration traditioneller afrikanischer Werte in eine der modernen Entwicklung angepaßte Gesellschaftsordnung bewirken und sichern. Zum anderen soll er gleichzeitig die Maßstäbe für die Integration des Individuums in eine größere, staatliche Gemeinschaft im politischen Bereich, aber auch für eine gerechte Integration in die notwendigen neuen gemeinschaftlichen Produktionsformen bieten. Afrikanischer Sozialismus und Entwicklung stehen hier in einem besonders engen Zusammenhang. *Thomas*¹⁹⁾ weist u. a. darauf hin, daß hier

16) Apter, David E.: *Ideology and Discontent*. Berkeley, Calif. o.J. S. 23.

17) Thomas, L. V.: *Le socialisme et l'Afrique*. Bd. 1. Paris 1966, S. 58.

18) Zur näheren Ausführung sei auf das bereits zitierte Werk von L. V. Thomas verwiesen, sowie auf den Sammelband „African Socialism“; hrsg. y. ~W. H. Friedland and C. G. Rosberg. Stanford, Calif.: Stanford Univ. Press 1964. 313 S.

19) Thomas, L. V.: *Essai sur le role de l'ideologie dans les problemes du developpement*. In: *Presejce Africaine*. 1967. no. 63 (3. Trim.) S. 61.

INGRID HEIDERMANN

Übersicht: Afrikanischer Sozialismus, die Konzeptionen des Marxismus-Leninismus und europäischer Sozialisten

Themen	Marxismus-Leninismus	Afrikanische Sozialisten	Europäische Sozialisten	
Atheismus	ja	nein	nein	kein weltanschaulicher Absolutheitsanspruch
Materialismus	ja	nein (außer in gewissem Maße Nkrumah)	nein	
Dialektik	ja	ja	nein	
Allianz mit dem Kapital	nein	ja, aber bei politischer Unabhängigkeit	ja, aber politische Kontrolle gefordert	
Internationalismus	ja (zumindest theoretisch)	ja, aber unter Anerkennung der afrikanischen Nationen	ja, zumindest theoretisch	
Eigene Wege zum Sozialismus	nein (besteht nicht, sind gefährlich)	ja, (sind notwendig)	ja	
Geschichtliche Determination	unumstößliche Konzeption	dehnbare Interpretation, Anspruch auf Freiheit bleibt bestehen	nein	
Klassenkampf	ja (grundlegendes Element)	auf jeden Fall zu vermeiden	nein, im Sinne Spalte 1, aber Klassengegensätze anerkannt	
Selbstentfremdung	ja	ja	ja	
Nationalisierung Kollektiveigentum	ja, unabdingbar	wird als nicht grundlegend notwendig erachtet	wird als nicht grundlegend notwendig erachtet	
Einheitspartei, Diktatur des Proletariats	ja, (Arbeiterdemokratie)	Einheitspartei; aber auch dominierende vereinigte Partei (repräsentative Demokratie)	nein	
Kollektivismus als Idealform	ja (z. B. Kolchose, Sowchose)	Ideal ist vor allem die Fortentwicklung traditioneller Gemeinschaftsformen	Gemeinschaftsformen auf freiwilliger Basis	
neue Ethik	ja	ja	ja	

Quelle: Für Spalten „Marxismus—Leninismus“ und „Afrikanische Sozialisten“ L. V. Thomas: *Le socialisme et l'Afrique*, Bd. 1, Paris: Le Livre africain 1966. S. 58. Spalte „Europäische Sozialisten“ ergänzt vom Verfasser.

der Ideologie eine Funktion analog der der Religion zukommt — freilich in einem grundsätzlich anderen Sinne, als dies im Marxismus-Leninismus der Fall ist.

Die geringe Berücksichtigung der afrikanischen Vorstellungen bei der Entwicklung ihrer Staaten hat in den vergangenen Jahren vor allem im politischen Bereich gezeigt, wie fragwürdig eine an eigenen außenpolitischen Dogmen oder nationalstaatlichen Prestigevorstellungen orientierte Entwicklungspolitik der Geberländer ist. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer Umorientierung beginnt sich hier durchzusetzen. Sie tendiert dahin, daß die Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Außenpolitik gelockert werden soll.

Wir glauben jedoch nicht, daß diese Konzession im außenpolitischen Bereich den afrikanischen Vorwurf des Neo-Kolonialismus aufheben oder auch nur abschwächen wird, wenn nicht gleichzeitig auch im wirtschaftspolitischen Bereich eine stärkere Umorientierung auf die afrikanischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten erfolgt. Die „rationale Begründung“ der unter „rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ gewährten Hilfe ist in gleichem Maße wie die politisch motivierte Entwicklungshilfe an der gegebenen Produktions- und Handelsstruktur der Geberländer orientiert. Sie ist damit aber keineswegs auch in den Entwicklungsländern selbst in gleichem Maße rational, sinnvoll oder auch nur erwünscht. Eine Analyse der Verkettung von Politik und Wirtschaft in Afrika folgt in der nächsten Ausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte.